Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In scharfem Vogelflug genau durchzogen
Zieht sich der Strich des Himmels wie ein Schwert
Ein Baum zeigt das Gebäu der Äste unversehrt
Dahinter steht der Sonne roter Bogen.

Nun wird ein jeder sehen, wie er taug'
Ohn' alles, was ihn himmelhoch erhob
Von allem bloß, das ihn zu sein bewog
Nun blicken wir den Dingen Aug in Aug.

Krieg

Grün funkelt in den Talestiefen Laub
Lau und wogend wie das Vließ von Tieren,
Und Wellen schlägt es über kauernde Krieger.

Mit ihren Händen nähren sie Vernichtung, Raub
Als Zierde für verlorenes Leben; doch es zieren
Hügel Kreuze; drunten strecken sie die Glieder.

Yvonne Moser.

Politische Rundschau

Zur Lage

Die am 13. Februar 1945 abgeschlossene Konferenz von Jalta hat in der Reihe der von den drei Großmächten erlassenen Erklärungen zwar eine Menge kategorischer Wendungen, besonders im Abschnitt über Deutschland, gebracht, aber die nüchterne Erwartung allgemein kaum in wesentlichem Maße zu übertreffen vermocht. Zwar erschien die Auslegung, die man den Beschlüssen gleich nach ihrer Bekanntgabe vor allem in England geben wollte, auf eine außergewöhnliche Wendung zum Guten hinzuweisen; so fanden wir in einem Bericht aus London unmittelbar nach Abschluß der Konferenz die Mitteilung, es sei dem Berichterstatter in keiner Zeitung ein einziges Wort ernstlicher Kritik zu Gesicht gekommen, und auch durchaus kritische Blätter äußerten sich nur zustimmend und bereiteten den Ergebnissen der Krimkonferenz eine warme, ja sogar freudig überraschte Aufnahme; und eine Zeitung sei sogar der Ansicht, die Krimkonferenz wäre den höchsten Erwartungen und Aspirationen der Vereinigten Nationen gerecht geworden. Allein in dem Monat, der seitdem verstrichen ist, hat die Begeisterung wieder nicht unerheblich nachgelassen, um einer umfangreichen und zum Teil fast leidenschaftlichen Kritik Platz zu machen, und niemand wird über diese Ernüchterung erstaunt sein, der den Text der Beschlüsse aufmerksam las und bestrebt war, ihn in den allgemeinen politischen Rahmen zu stellen, mit dem wir nun einmal zu rechnen haben. Auch wird

man nicht fehlgehen mit der Behauptung, daß zudem die tatsächliche Entwicklung der Dinge seit der Bekanntgabe dieser Beschlüsse zu ihrer vorsichtigen und nüchternen Beurteilung in mehr als einem Punkte Veranlassung geben mußte.

Die verschiedenen Kernstellen der Erklärung nun, an denen sich inzwischen die Kritik in der Weltöffentlichkeit ernsthaft zu schaffen machte, betreffen im wesentlichen den Abschnitt über die „Wiedergutmachung der Schäden", wofür eine Kommission der drei Mächte in Moskau eingesetzt worden ist, ferner die „Organisation zur Sicherung des Friedens", also die der Konferenz von San Francisco vorzulegende Formel über das Verfahren bei Abstimmungen im Sicherheitsrat, die „Erklärung über das befreite Europa", und hier insbesondere die angekündigte Lösung „der dringenden politischen und wirtschaftlichen Probleme mit demokratischen Methoden", weiter die „Stellung Frankreichs" und endlich die „Verständigung über Polen". Also ein recht reichhaltiges Bukett des Zweifels und der Einwendungen, wie man sieht!

In Bezug auf den Abschnitt über die Wiedergutmachung der Schäden wäre die erhobene Einwendung, der man in der internationalen Presse begegnete, dahin zu umreißen, daß eine Massendeportation deutscher Bevölkerungsteile zu Wiederaufbauarbeiten nach Rußland aus grundsätzlichen Erwägungen und solchen der Friedenspolitik der Zukunft abzulehnen sei. So wenigstens las man in verschiedenen Stimmen. Hier dürfte es sich freilich um einen durchaus müßigen Einwand handeln, denn nach der heutigen Lage der Dinge ist einmal an der Entschlossenheit Rußlands nach dieser Richtung wohl nicht zu zweifeln. Inwieweit dabei auch Erwägungen der biologischen Kriegführung mitspielen mögen, wie sie ja vom Nationalsozialismus beispielhaft betrieben worden ist, bleibe dahingestellt; daß ferner die russische Führung alle Möglichkeiten in dieser Richtung demnächst unwiderruflich in Händen halten wird, ergibt sich aus dem Umfang der russischen Okkupationszone in Deutschland, die sich nach neuesten Berichten im Norden bis zum Lauf der Elbe ausdehnen, diesen aber in Mitteldeutschland ziemlich weit nach Westen, bis nach Thüringen hinein, überschreiten soll. So rechnet man denn in bestimmten politischen Kreisen im Hinblick auf die Neugestaltung Europas bereits fest mit der Tatsache, daß alle diese Gebiete für ein kommendes Deutschland praktisch definitiv außer Betracht fallen müssen, also tatsächlich abzuschreiben sind, und zwar mit einem großen Teil ihrer Bevölkerung überhaupt. Damit würde — und hier liegt ohne Zweifel der Hauptpunkt — das preußische Kernland — die Mark Brandenburg und Pommern — ausgetilgt, der Staat Preußen zerschlagen. Als relative Bestätigung für solche weitgehenden Absichten mögen beiläufig die Meldungen festgehalten sein, wonach der Abtransport in den bereits von Rußland besetzten Gebieten inzwischen in großzügigem Maße schon eingesetzt hat. Anderseits ist kaum anzunehmen, daß die Westmächte sich derartigen Absichten noch ernsthaft widersetzen werden, sodaß also die gegen diesen Abschnitt beobachteten Einwendungen wohl tatsächlich als unwirksam bezeichnet werden müssen.

Auch was die Organisation zur Sicherung des Friedens anbetrifft, also das Abstimmungsverfahren in dem kommenden Sicherheitsrat, so dürfte diese Angelegenheit durch die Beschlüsse der Krimkonferenz endgültig dahin bestimmt sein, daß zwar der Sicherheitsrat mit Mehrheit über verschiedene Vorfragen in der Sanktionsprozedur entscheiden, so beispielsweise auch „den Angreifer" bezeichnen kann, daß aber Sanktionen

militärischen Charakters gegen eine Großmacht ohne deren Zustimmung praktisch nicht beschlossen werden können. Gegen diese Festlegung nun hat sich wohl in der Hauptsache die Kritik erhoben. Allein es wird sich vernünftigerweise auch hier irgend ein Erfolg solcher in der Öffentlichkeit erhobener Einwendungen nicht erwarten lassen, nachdem auf diesem äußerst schwierigen Gebiet endlich erst eine Einigung unter den Großmächten erreicht wurde. Und so werden auch diese kritischen Vorbehalte als unwirksam abzuschreiben sein. Man mag das bedauern; anderseits aber wird man sich der Tatsache bewußt bleiben, daß der Weltfriede ohnehin nur durch die Einigkeit der drei Großmächte wird erhalten werden können. Wie hier die Aussichten stehen, das wird wohl der Leser mit uns als eine durchaus offene Frage erkennen — eine Frage, die zu behandeln tatsächlich heute — bei allem Interesse, das ihr innewohnen mag — einigermaßen müßig erscheinen muß. Allein wenn schon ein Wort darüber gesagt werden soll, so wäre jedenfalls eindeutig und entscheidend auf die allgemeine Kriegsmüdigkeit zu verweisen — ein Faktum, das sich bestimmt nicht allein zu Lasten der Westmächte auswirkt, die ihrerseits zudem wohl noch für eine lange Frist im Fernen Osten beschäftigt sein werden (man erkennt die Gefahr!). Aber auch Rußland wird, so hört man immer deutlicher, nach seinen furchtbaren materiellen und personellen Verlusten, nach den kaum übersehbaren Zerstörungen, zumal auch im Verbindungswesen, eine ziemlich lange Frist zum Wiederaufbau und zur Konsolidierung benötigen, ganz abgesehen von gewissen innerpolitischen Entwicklungen, die sich im Gefolge der gewaltigen Ereignisse im russischen Reiche einstellen können. Man wird sich also in diesem Bereiche, bei aller Zurückhaltung, für die nächsten Jahre voraussichtlich ohne allzu große Bedenken einem vorsichtigen Optimismus hingeben können.

Der nächste Punkt der Deklaration von Jalta, der sich einer ziemlich bedeutenden Kritik ausgesetzt sieht, ist die Lösung der Probleme des befreiten Europas, also insbesondere der inneren Organisation „mit demokratischen Methoden". Allein der Beobachter wird sich auch hier der Zurückhaltung im Urteil zu befleißigen suchen. Denn noch ist in dieser Beziehung nichts endgültig entschieden. Zwar erscheint die jüngste Entwicklung in Rumänien hier und dort zu einigen Bedenken Anlaß gegeben zu haben; anderseits waren aber die innerpolitischen Geschehnisse in diesem Lande schon längst so sehr unklar und immer wieder durch die verschiedensten äußeren Momente bestimmt, daß vorerst mit Vorteil die weitere Entwicklung abzuwarten sein wird. Überhaupt eignen sich ganz allgemein die Länder des Balkans und des Südostens hinsichtlich ihrer ganzen innerpolitischen Vergangenheit kaum als Vorbilder in Bezug auf demokratische Organisation, und man wird deshalb in diesen Bereichen nicht mit allzu strengen Maßstäben messen, denn das ist man dort auch nie gewohnt gewesen. Daß aber Stalin selbstverständlich im gesamten Osten und Südosten nur Regierungen dulden wird, die seinem Willen gefügig sind, darüber kann wohl überhaupt nirgends der geringste Zweifel bestehen, am allerwenigsten zumal heute, wo diese Länder noch als militärische Etappen für die Front dienen müssen. Und ganz allgemein ist doch zu sagen, daß Rußland mit einer intensiven Einflußnahme nach dieser Richtung nichts anderes unternimmt als England in seinem eigenen, dem westlichen Einflußbereiche, wenn auch mit etwas anderen Mitteln, zu tun pflegt.

Als in mancher Beziehung tragisches Problem muß freilich die Stellung Frankreichs erscheinen, wie sie in der Perspektive der Beschlüsse von Jalta zum Ausdruck gekommen ist. Der Konflikt ergibt sich aus dem Gegensatz, der zwischen der tatsächlichen Schwäche des Landes und seinen Ansprüchen als Großmacht besteht. Zwar war es der geschickten und wendigen, aber deswegen eben nicht weniger entschlossenen Politik des Generals de Gaulle gelungen, die Position seines Landes zu Zeiten der Emigration, also zu Zeiten des Regimes von Algier, nach bester Möglichkeit zu sichern. Doch mußte im Gefolge der Landungen in der Normandie und der nachfolgenden Befreiung des Landes die Abhängigkeit seiner Position von den Leistungen seiner Verbündeten, nicht nur in militärischer Beziehung, einfach überwältigend zum Ausdruck kommen, namentlich nachdem sich dann das gewaltige Ausmaß der Zerstörungen und damit der vielfältigen Behinderung jeder erforderlichen Bewegungsfreiheit erwiesen hat. Anscheinend geben sich beispielsweise gerade die Amerikaner in Frankreich auch nicht die geringste Mühe, die Abhängigkeiten dieses Landes weniger in Erscheinung treten zu lassen! De Gaulle ist inzwischen nach Kräften bemüht, aus einer manchmal fast ausweglos werdenden Lage herauszuholen was möglich ist. Allein die gegebenen Verhältnisse kann er auch nicht umstürzen. So wurde im Grunde sogar das Bündnis mit Rußland doch eher eine Enttäuschung; jedenfalls hat es de Gaulle bisher in den durch Jalta aufgeworfenen Problemen sehr wenig eingetragen, um nicht noch weniger zu sagen. Und seitdem ereigneten sich doch einige nicht unwesentliche Schlappen: die „Klarstellungen", welche Frankreich zu den Beschlüssen von Jalta von den „Großen Drei" verlangte, trafen nur in durchaus unbefriedigendem Ausmaße ein — die Absage de Gaulles an Roosevelt persönlich erwies sich als diplomatisch nicht von Vorteil — in Kairo verhandelte Churchill Mitte Februar mit dem Präsidenten von Syrien, immerhin einem französischen Mandatsgebiet, ohne anscheinend Frankreich groß zu begrüßen —, die Wirtschaftsabkommen mit den USA müssen in ihren Ergebnissen mindestens als unklar bezeichnet werden — in den Beziehungen zu Rußland ist unverkennbar eine wesentliche Abkühlung eingetreten — und es erscheinen endlich die französischen Äußerungen zu Indochina eher gezwungen und wenig substantiell. Da ist es denn kein Wunder, daß sich Frankreich, so speziell in seiner Radiopropaganda, auf's äußerste bemüht, die Selbstständigkeit gegenüber den Alliierten zu betonen wo es nur kann. Es ist aber unschwer vorauszusehen, daß nur eine lange und günstige Entwicklung die Stellung des geprüften Landes je wieder einigermaßen wird festigen können — und doch wird am Ende die Tatsache nicht mehr rückgängig zu machen sein, daß Frankreich sich in zwei Kriegen ausgeblutet und damit bevölkerungspolitisch wohl unheilbar geschwächt hat. Man versteht deshalb ganz besonders die ungeheuren Besorgnisse des Landes um seine fast zwei Millionen Kriegsgefangenen, besonders angesichts der letzten Andeutungen, die über ihr künftiges Schicksal dunkel umgehen ... So scheint es denn am Ende fast wie eine Bestätigung gleichlaufender Schicksale, wenn nun die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und seiner lateinischen Schwester Italien wieder aufgenommen worden sind ...

Endlich gibt auch das Schicksal Polens zu erheblichen Einwendungen in weiten Teilen der Weltöffentlichkeit Anlaß. Leider wird man auch in diesem Falle kaum um die Feststellung herumkommen, daß hier seit Jalta unbedingt eine

„res judicata“ vorliegt. Das Schicksal Polens ist wie dasjenige Finnlands und Rumäniens unlösbar an Rußland geknüpft, und an dieser Tatsache wird sich nichts mehr ändern lassen; von den dem großen Reiche des Ostens benachbarten Ländern hat sich übrigens allein die Tschechoslowakei, unter der staatsmännischen Führung des Präsidenten Benesch, rechtzeitig und unter Bewahrung einer doch wohl ziemlich weitgehenden Unabhängigkeit an diese Tatsache anzugleichen verstanden.

Und nun wäre endlich noch auf bestimmte Beziehungen im westlichen Sektor zu verweisen, die scheinbar heute sich noch weitgehend am Rande bewegen, die aber nichtsdestoweniger für die Zukunft von einer bestimmten Bedeutung werden können. Durch eine der nicht mehr ungewohnten Indiskretionen im Bereiche amerikanischer Departemente wurde gegen Mitte Februar der spanisch-britische Briefwechsel bekannt, der im letzten November durch ein Schreiben des Generals Franco an Churchill eingeleitet worden war. Bietet nun an sich dieses Schreiben des „Caudillo“ kaum Gegenstand eines besonderen Interesses — Franco wiederholte darin im wesentlichen seine bekannte antibolschewistische Einstellung mit den gegebenen Konsequenzen —, so ergab sich doch in der Folge und gerade noch in allerjüngster Zeit die Tatsache, daß man in einflußreichen Kreisen Englands keineswegs gewillt erscheint, in eine zweckbestimmt vorbereitete Kampagne gegen den spanischen General und sein Regime einzuschwenken. Zu einem Teil erklärt sich dies wohl mit den Diensten, die Spanien den Engländern in ihrer kritischen Situation dieses Krieges indirekt geleistet hat — aber diese Dankbarkeit ist wohl der geringste Grund für diese Einstellung; es zeichnen sich vielmehr in diesem Bereiche zweifellos Perspektiven für die Zukunft ab, aus denen — wiederum — die Entschlossenheit Englands abzulesen ist, daß es seine Position im Westen Europas unter allen Umständen halten will, um, von dieser Grundlage aus, dem Übergewicht des kommenden russischen Reiches wirksam zu begegnen.

Zürich, den 20. März 1945.

Jann v. Sprecher.

Kulturelle Umschau

Die Marienburg

Wenn wir heute in den Zeitungen lesen, daß Thorn und Graudenz, Elbing und Marienburg von den Schrecken des totalen Krieges erfüllt sind, so werden wir von ganz besonderer Angst und Sorge erfüllt. Denn dort stehen Bauten eines der merkwürdigsten und interessantesten Staaten der mittelalterlichen Geschichte, eines Vorpostens der christlich-abendländischen Kultur, nämlich des alten deutschen Ordenslands.

Der Deutsche Orden ist zwar zunächst auf eine sehr bescheidene Weise in die Geschichte eingetreten. Wir sehen da, wie sich die der Aufsicht der Johanniter unterstehenden Mitglieder des 1190 von Lübecker und Bremer Kaufleuten gegründeten Hospitals Sankt Marien als schlichte Krankenpfleger und Kreuzritter im Heiligen Lande betätigten; aber schon 1198 wurde dann dieser Verband zum dritten und jüngsten jener in Palästina entstandenen geistlichen Ritterorden um-